

Rechenschaftsbericht
zur Jahresrechnung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr
Rheinland – Pfalz Süd
für das Haushaltsjahr 2013

1. Rechtsgrundlagen

Nach § 14 der Verbandsordnung in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Zweckverbandsgesetz (ZwVG) i.V.m. § 108 Abs. 3 Nr. 1 Gemeindeordnung (GemO) ist der Jahresrechnung ein Rechenschaftsbericht als Anlage beizufügen.

Gemäß § 49 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) gliedert sich der Rechenschaftsbericht in folgende Abschnitte:

- Lage des Zweckverbands
- Vermögens- und Finanzlage
- Ertragslage
- Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres
- Gliederung der Teilhaushalte
- Prognosebericht
- Risikobericht

2. Lage des Zweckverbands

Gemäß Nahverkehrsgesetz (NVG) des Landes Rheinland-Pfalz vom 17.11.1995 (GVBl. S. 450) obliegt den Landkreisen und kreisfreien Städten die Aufgabenträgerschaft für die Gestaltung der Angebote des Schienenverkehrs, die sie als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung in den beiden Zweckverbänden, die im südlichen sowie im nördlichen Landesteil gebildet wurden, wahrnehmen.

Dem Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd gehören das Land, die Landkreise Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Bad Kreuznach, Birkenfeld, Donnersbergkreis, Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Mainz-Bingen, Rhein-Pfalz-Kreis, Südliche Weinstraße, Südwestpfalz und sowie die kreisfreien Städte Frankenthal, Kaiserslautern, Landau in der Pfalz, Ludwigshafen, Mainz, Neustadt an der Weinstraße, Pirmasens, Speyer, Worms und Zweibrücken an.

Die Zusammenarbeit im Zweckverband sowie die Aufgaben und Kompetenzen der Organe des Zweckverbandes sind in der Verbandsordnung festgelegt.

Als Verbandsvorsteher und Vorsitzender der Verbandsversammlung vertritt der Landrat des Kreises Kusel, Herr Dr. Winfried Hirschberger, den Zweckverband nach außen. Stellvertretender Verbandsvorsteher ist der Oberbürgermeister der Stadt Neustadt an der Weinstraße, Herr Hans Georg Löffler. Als Verbandsdirektor hat die Verbandsversammlung Herrn Michael Heilmann bestellt.

Für die Wahrnehmung der Verwaltungsgeschäfte stellt der Landesbetrieb Mobilität das notwendige Verwaltungspersonal und die Verwaltungseinrichtung zur Verfügung (§ 6 Abs. 6 NVG).

Zur Durchführung ihrer Aufgaben erhalten die Zweckverbände pauschale Zuweisungen des Landes nach § 10 Abs. 2 NVG und Sonderzuweisungen nach dem Landeshaushalt. Aufsichtsbehörde des Zweckverbandes ist das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur.

Grundlage der Haushaltswirtschaft für das Jahr 2013 bildet die von der Verbandsversammlung am 11.12.2012 beschlossene Haushaltssatzung.

3. Vermögens- und Finanzlage

3.1 Bilanz

s. Anlage 1

Das Nahverkehrsgesetz sieht keine Ausstattung des Zweckverbandes mit Eigenkapital vor. In der Bilanz sind zum 31.12.2013 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Transferleistungen in Höhe von 18.852.693,18 € ausgewiesen (s. Anlage 2). Rückstellungen wurden in Höhe von 280.398,07 € gebildet. Die Forderungen aus Transferleistungen belaufen sich auf 11.471.822,94 € (s. Anlage 7).

3.2 Ergebnisrechnung

s. Anlage 3

3.3 Finanzrechnung

s. Anlage 4

Die Aufnahme von Kassenkrediten war im Haushaltsjahr 2013 nicht erforderlich.

3.4 Haushaltsausgleich

Der Haushaltsausgleich wurde, unter Berücksichtigung der Voraussetzungen für die Bilanz, die Ergebnis- sowie die Finanzrechnung, erreicht.

Der ZSPNV Süd geht davon aus, dass der Haushaltsausgleich auch in den kommenden Jahren erreicht werden kann.

3.5 Rückstellungen

Für die Altersvorsorge von Beamten hat der Zweckverband Rückstellungen in Höhe von 262.667,00 € gebildet.

Die Rückstellungen für Beihilfen betragen 14.379,00 €, Urlaubsrückstellungen bestehen in Höhe von 3.352,07 €.

3.6 Verlauf der Haushaltswirtschaft

Wesentliche Abweichungen gegenüber den Haushaltsansätzen:

Erträge:

Konto		Ansatz	tatsächlich	Differenz
414422	Sonst. Zuweisung Land	2.750.000,00 €	3.567.618,18 €	817.618,18 €
466140	Auflösung Rückstellungen			
442420	Kostenbeteiligung Länder	0,00 €	45.251,29 €	45.251,29 €
442440	Kostenbet. Zweckverbände	0,00 €	114.052,14 €	114.052,14 €
462700	Versicherungserstattungen	0,00 €	4.676,91 €	4.676,91 €
442510	Rückzahlung Verkehrsverträge	<u>500.000,00 €</u>	<u>1.040.791,41 €</u>	<u>540.791,41 €</u>
		3.250.000,00 €	4.772.389,93 €	1.522.389,93 €

Konto		Ansatz	tatsächlich	Differenz
442511	Kostenbet. Marketing Private			
442512		<u>164.502,00 €</u>	<u>123.950,99 €</u>	<u>-40.551,01 €</u>
442513		164.502,00 €	123.950,99 €	-40.551,01 €

Aufwand:

Konto		Ansatz	tatsächlich	Differenz
52544	Kostenerst. ZRN	0,00 €	9.772,92 €	-9.772,92 €
5625	Beratungen, Gutachten	<u>175.000,00 €</u>	<u>468.767,29 €</u>	<u>-293.767,29 €</u>
		175.000,00 €	478.540,21 €	-303.540,21 €

Konto		Ansatz	tatsächlich	Differenz
5639	Fahrplan u. Tarifgestaltung	15.000,00 €	3.610,52 €	11.389,48 €
5693	Repräsentationsmittel	1.250,00 €	600,36 €	649,64 €
57512	Zinsaufwendungen	<u>50.000,00 €</u>	<u>0,00 €</u>	<u>50.000,00 €</u>
		66.250,00 €	4.210,88 €	62.039,12 €

Begründung der Mehrerträge:

Auflösung Rückstellungen

In Absprache mit dem ISIM wurde ein höherer Anteil der Rücklage aufgelöst

Kostenbeteiligung Länder

Beteiligung der Länder an den Kosten für das Ausschreibungsverfahren Dieselnetz Südwest, die nicht geplant war

Kostenbeteiligung Zweckverbände

Beteiligung der Zweckverbände an den Kosten für Ausschreibungsverfahren Dieselnetz Südwest, die nicht eingeplant war

Versicherungserstattungen

Erträge aus einer Lebensversicherung

Rückzahlung Verkehrsverträge

Mehreinnahmen durch Schlussrechnungen aus Verkehrsverträgen

Begründung der Mindererträge:

Kostenbeteiligung Marketing

Mindereinnahmen durch Minderaufwendungen bei Konto 5636

Begründung der Mehraufwendungen:

Kostenerstattung ZRN

Mehraufwendungen auf Grund der seit 2012 laufenden Versorgungslast von Herr Schreiner

Beratungen, Gutachten

Mehraufwendung auf Grund der laufenden Ausschreibungsverfahren

Begründung der Minderaufwendungen:

Repräsentationen/ Fahrplan- und Tarifgestaltung/ Zinsaufwendungen

Der Haushaltsansatz wurde nicht ausgeschöpft

3.7 Verlauf der Haushaltswirtschaft 2010-2012

s. Anlage 5

4. Ertragslage

s. Anlage 6

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres

Nach dem Schluss des Haushaltsjahres 2013 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

6. Gliederung der Teilhaushalte

Der Haushalt des ZSPNV Süd gliedert sich in einen Teilhaushalt ÖPNV sowie einen Teilhaushalt Finanzwirtschaft. Dem Teilhaushalt ÖPNV zugeordnet sind folgende Produkte:

- 5470 SPNV-Leistungen
- 5471 S-Bahn Rhein-Neckar
- 5472 RegioLinien
- 5473 Sonderverkehre

Die Aufteilung der Gemeinkosten erfolgte im Haushaltsjahr 2013 im Verhältnis der Haushaltsansätze der einzelnen Produkte bei Aufwandskonto 5248.

Dem Teilhaushalt Finanzwirtschaft zugeordnet sind die Produkte 6121 Zinserträge sowie 6122 Zinsaufwendungen.

7. Prognosebericht

Der ZSPNV Süd geht davon aus, dass auch in den kommenden Jahren ein Haushaltsausgleich erreicht werden kann. Ein wesentlicher Teil der Ausgaben wird auf Grund von Verkehrsverträgen geleistet. Diese werden über einen längeren Zeitraum abgeschlossen und stellen die Planungsgrundlage für die kommenden Haushaltsjahre dar.

8. Risikobericht

Zur Durchführung seiner Aufgaben erhält der ZSPNV Süd pauschale Zuweisungen des Landes nach § 10 Abs. 2 NVG und Sonderzuweisungen nach dem Landeshaushalt. Ein Einnahmerisiko kann sich für den ZSPNV Süd insbesondere auf Grund von Kürzungen der Regionalisierungsmittel ergeben. Zuletzt kam es im Jahr 2007, ausgelöst durch das Haushaltsbegleitgesetz des Bundes, zu einer Kürzung der dem Zweckverband Süd zugewiesenen Mittel. Um dennoch einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen zu können, mussten in Verhandlungen mit den Verkehrsunternehmen Verkehrsleistungen aus den laufenden Verträgen abbestellt werden.

Änderungen im Bereich der Ausgabenseite ergeben sich zum einen durch die Ausschreibung von SPNV-Leistungen. Diese Ausschreibungen führten bisher zu einer Verringerung der Kosten für die Verkehrsleistungen.

Der überwiegende Teil der Verkehrsverträge enthält Regelungen, wonach die Erhöhung von Infrastrukturkosten sowie die Erhöhung von Energiekosten durch den Aufgabenträger auszugleichen ist. Dies kann innerhalb der Vertragslaufzeiten von Verkehrsverträgen erhebliche Mehrkosten verursachen.

Dr. Winfried Hirschberger

Verbandsvorsteher
Zweckverband
Schienenpersonennahverkehr
Rheinland-Pfalz Süd

Michael Heilmann

Verbandsdirektor
Zweckverband
Schienenpersonennahverkehr
Rheinland-Pfalz Süd